

# CO<sub>2</sub>-Speichergesetz: Land fordert Nachbesserungen

Von Holger Thiel

**Magdeburg/Salzwedel.** In einem gemeinsamen Brief fordern Umweltminister Hermann Onko Aikens (CDU) und Wirtschaftsminister Reiner Haseloff (CDU) den Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) auf, den Gesetzentwurf zur Kohlendioxid-Speicherung (CCS-Gesetz) nachzubessern. Den beiden Ministern aus Magdeburg geht es vor allem um die Regelung zur Haftung nach Abschluss des Verpressens des CO<sub>2</sub>. In dem zweiseitigen Brief, der der Volksstimme vorliegt, heißt es wörtlich: „Ein wichtiger Mangel des heutigen wie des damaligen Gesetzesentwurf ist, dass die Haftung für Folgeschäden nach dem Übergang der Verantwortung auf den Staat allein beim jeweiligen Land verbleibt. Dies wird wegen der möglichen Schadenshöhe ein hohes finanzielles Risiko für das Land darstellen, dass von dem geplanten Nachsorgebeitrag insbesondere bei kleineren Forschungs- und Demonstrationsvorhaben nicht ausgedungen werden kann.“

Für das altmärkische Pilotprojekt von Vattenfall und GDF Suez, bei dem bis zu 100 000 Tonnen CO<sub>2</sub> in eine Erdgaslagerstätte bei Mahlsdorf verpresst werden sollen, würde dieser Haftungsbeitrag nach dem bisherigen Gesetzentwurf lediglich 90 000 Euro betragen. Und GDF Suez könnte 30 Jahre nach dem Verpressen der letzten Tonne CO<sub>2</sub> beantragen, dass Sachsen-Anhalt die Nachsorge und die Haftung bei eventuellen Havarien übernimmt.

Dazu haben Aikens und Haseloff eine eindeutige Meinung: „Aus Sicht Sachsen-Anhalts als einem Land mit einem potenziellen Speicherstandort (die altmärkische Erdgaslagerstätte – d. Red.) kann auch ein auf Erprobung und Demonstration beschränktes Gesetz nur akzeptiert und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten werden, wenn die Haftung von Bund und Land getragen wird und für das Land der Höhe nach begrenzt wird.“

Die Minister setzen Röttgen die Pistole auf die Brust. Im Brief heißt es sinngemäß weiter: Sollte der Bund aber eine Beteiligung an einer geänderten Haftungsre-

gelung ablehnen, könne Sachsen-Anhalt einem CCS-Gesetz nur zustimmen, wenn der Vollzug und die Haftung komplett übernommen werden. Ein Konstrukt, dass laut Aikens und Haseloff von Mitarbeitern des Bundesumweltministerium bereits als machbar eingeschätzt wurde.

Und es gibt ein Angebot von Sachsen-Anhalt an Berlin: Eine Beteiligung der Landesparlamente an Entscheidungen über die Erprobung und den Einsatz der CCS-Technologie wird von der Landesregierung abgelehnt. Diese Beteiligung ist indes eine Forderung, die Niedersachsen und Schleswig-Holstein – ebenfalls zwei potenzielle CO<sub>2</sub>-Speicherländer – aufmachen. Für die Minister Aikens und Haseloff berge eine solche Option aber die Gefahr, „dass noch vor einer sachgerechten umfassenden Erforschung die Fragen einer Machbarkeit von CCS nach politischen Kalkül entschieden werden und letztendlich ein Ausstiegswettbewerb initiiert wird“. Genau diesen will die Landesregierung anscheinend nicht.